
Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit	27.05.2020	öffentlich	Bericht

Betreff:

Maßnahmen für Gastronomie, Hotellerie, Einzelhandel und Schaustellergewerbe im Zuge der Corona-Krise

hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 11.03.2020

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 25.03.2020

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 08.04.2020

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14.04.2020

Anlagen:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 11.03.2020

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 25.03.2020

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 08.04.2020

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14.04.2020

Sachverhalt

Bericht:

Gastronomie, Hotellerie, Einzelhandel und Schaustellergewerbe sind von der Corona-Krise besonders stark betroffen. Zur Unterstützung der Betriebe aus den diesen Branchen hat das Wirtschaftsreferat frühzeitig und schnell gehandelt. So wurden Informations- und Beratungsangebote geschaffen, finanzielle Erleichterungen für die betroffenen Branchen auf den Weg gebracht, lokale Initiativen unterstützt und speziell für Hotellerie und Gastronomie gemeinsam mit der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg (CTZ) ein Bündel an Maßnahmen erarbeitet.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	€	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
 (mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,
 ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es bestehen keine Anhaltspunkte, dass durch diese Maßnahmen bestimmte Personengruppen benachteiligt werden. Das Vorhaben ist damit nicht Diversity-relevant.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

